DEUTSCHE MEDICINISCHE WOCHENSCHRIFT.

Mit Berücksichtigung des deutschen Medicinalwesens nach amtlichen Mittheilungen, der öffentlichen Gesundheitspflege und der Interessen des ärztlichen Standes.

Begründet von Dr. Paul Börner.

Zwölfter Jahrgang.

Redacteur Sanitätsrath Dr. S. Guttman in Berlin.

Druck und Verlag von Georg Reimer in Berlin.

I. Ueber criminellen Abortus.

Von
Dr. J. Veit¹⁾.

Der Gerichtsarzt und der praktische Geburtshelfer sind beide darin einig, dass dem Verbrechen der Einleitung des Abortes mit jedem möglichen Mittel entgegengetreten werden muss, aber in der Erreichung dieses Zweckes gehen sie verschiedene Wege. Ersterer hat die Aufgabe, der Wahrheit gemäss in einem vorliegenden Falle die Thatsache, dass aus verbrecherischer Absicht ein Abortus eingeleitet ist, festzustellen, um dadurch dem Richter Beweisgründe, die zur Verurtheilung führen, zu liefern; ihn interessirt die Veränderung des Uterus nach dem Verbrechen, für ihn sind Verletzungen des Organes von grösster Bedeutung, er muss Werth darauf legen, aus dem objectiven Befund an der Leiche oder an der Lebenden den exacten Beweis zu erbringen, dass nur auf verbrecherischem Wege der Abortus erfolgt sein kann. Der Geburtshelfer will dasselbe, aber für ihn, der mitten im Leben steht, der Fälle derart leider fast alltäglich, in der Armen- wie auch in der besseren Praxis sehen kann, ist die Aufgabe sehr viel naheliegender, derartige Verbrechen möglichst zu verhüten. Um dies zu erreichen bedarf es aber nicht nur der wenigen Verurtheilungen einzelner Personen, welche durch ihr Verbrechen den Tod einer Schwangeren herbeigeführt haben, er müsste auch in denjenigen viel zahlreicheren Fällen, in denen die Betreffenden mit dem Leben davon kommen, den Urheber, der ihm oft genug genannt wird, zur Verantwortung ziehen können. Das nächst Liegende hierzu wäre die Anzeige aller Fälle derart.

Eine gesetzliche Verpflichtung hierzu liegt nicht vor: § 139 des Strafgesetzbuches bedroht nur die unterlassene Anzeige bestimmter in Ausführung begriffener Verbrechen, wenn man rechtzeitig Kenntniss von denselben erhält²⁾. Das vollbrachte Verbrechen anzuzeigen liegt demgemäss beim criminellen Abort keine gesetzliche Verpflichtung vor. Aber die eigne Ueberzeugung treibt den Arzt immer wieder dazu, Anzeige zu machen, und ein Zweifel liegt kaum vor, wenn die betr. Schwangere den Tod erlitten hat. Dann fällt § 300 jedenfalls fort, der die anvertrauten Geheimnisse schützt³⁾. Die Pflicht, für die öffentliche Gesundheit zu sorgen, tritt in den Vordergrund. Aber bei der lebenden Schwangeren kann der Arzt nicht anzeigen, denn er würde dieselbe damit der Strafe aussetzen. Nicht nur die Person, die den Abortus einleitet, sondern auch die Schwangere wird durch das Gesetz bedroht, und zwar erstere besonders streng, wenn sie es gegen Entgelt that, und natürlich auch, wenn sie es gegen den Willen der Schwangeren

that. In letzterem Falle ist die betreffende Schwangere natürlich nicht schuldig¹⁾.

Aehnlich lauten die Bestimmungen anderer Gesetzgebungen²⁾. Bemerkenswerth ist aber dabei immerhin, dass, wie Meyer³⁾ ausführt, im römischen und älteren deutschen Recht die Strafbarkeit fehlte; erst in der Kaiserzeit ist davon die Rede, und zwar nur in Bezug auf die Ehefrau, welche dadurch die Rechte des Mannes schädigt. Das kanonische Recht erst und mit ihr die Carolina erklärten die Abtreibung für strafbar und setzte wie beim Morde die Todesstrafe darauf, nur die Abtreibung der „noch nicht lebendigen Frucht“ wurde mit arbiträrer Strafe bedroht.

Diese Bedrohung der Schwangeren mit Strafe wird den Arzt immer verhindern, Anzeige selbst von dem grössten Verbrechen hierbei zu machen. Und wenn wir hiermit die anderweiten Anzeigepflichten des Arztes in Vergleich stellen wollen, so besteht in der Vorstellung des Volkes eine gewisse Analogie mit der Anzeigepflicht bei Puerperalfieber. Im Interesse der Vermeidung weiterer Fälle zeigen wir gern, entsprechend den Polizeiverordnungen, alle schweren Erkrankungen im Wochenbette an; die Folge dieser Anzeigepflicht ist, zweifellos im Zusammenhang mit den übrigen Verbesserungen, die eingeführt sind, eine Verminderung der Morbidität und jedenfalls der Mortalität gewesen. Der unmittelbare Erfolg ist, wie ich hier nebenbei bemerke, für uns Aerzte allerdings sehr wenig erkennbar, wir erfahren nichts ausser durch die statistischen Publicationen und selbst in den Fällen, in denen es uns interessant wäre zu wissen, ob in der Praxis einer Hebamme weitere Fälle vorgekommen sind, ist es schwer möglich, etwas zu eruiern. Aber die Hebamme wird vor den Polizeiphysikus geladen, und von diesem wird ihr vorgehalten, dass in ihrer Praxis ein Fall von Infection stattgefunden, und im Interesse

¹⁾ § 218: Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tödtet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängniss nicht unter 6 Monaten ein.

Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tödtung bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

§ 219: Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer einer Schwangeren, welche ihre Frucht abgetrieben oder getödtet hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

§ 220: Wer die Leibesfrucht einer Schwangeren ohne deren Wissen und Willen vorsätzlich abtreibt oder tödtet, wird mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung der Tod der Schwangeren verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter 10 Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

²⁾ So Code pénal Liv. III Tit. II § 317.

Quiconque par aliments, bouffes, médicaments, violences ou par tout autre moyen aura procuré l'avortement d'une femme enceinte soit qu'elle y ait consenti ou non, sera puni de la reclusion.

La même peine sera prononcée contre la femme qui se sera procuré l'avortement à elle-même ou qui aura consenti à faire usage des moyens à elle indiqués ou administrés à cet effet si l'avortement s'en est suivi.

Les médecins chirurgiens et autres officiers de santé ainsi que les pharmaciens qui auront indiqué ou administré ces moyens seront condamnés à la peine des travaux forcés à temps dans le cas où l'avortement aurait eu lieu.

Das österreichische Strafgesetzbuch bedroht auch den Versuch und den ev. theilnehmenden Vater mit Strafe. S. Maschka, Handbuch der gerichtlichen Medicin, III. Band, S. 235.

³⁾ Meyer, Strafrecht. Erlangen 1882, S. 440.

¹⁾ Vortrag gehalten in der Berliner Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie am 12. November 1886.

²⁾ § 139 lautet: Wer von dem Vorhaben eines Hochverrathes, Landesverrathes, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntniss erhält und es unterlässt, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängniss zu bestrafen.

³⁾ § 300 lautet: Aerzte werden, wenn sie unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Amtes, Standes oder Gewerbes anvertraut sind mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

der Verhütung weiterer Infection wird ihr Desinfection ans Herz gelegt und bei Häufung von Erkrankungen die Praxis zeitweilig untersagt. Diese Vorladung der Hebamme erscheint Manchen als Strafe und sie ist es auch im gewissen Sinne. Und doch ist die Uebertragung von Ansteckungsstoffen nicht strafbar, sondern nur im Interesse der Gesundheitspflege muss hier die Hebamme scheinbar leiden.

Begeht also die Hebamme eine Unvorsichtigkeit, so wird sie angezeigt und verurteilt; begeht sie ein Verbrechen, so tritt Derartiges mit Rücksicht auf die Mitschuldige nicht ein.

Dieser Mangel ist nun sehr zu bedauern, nicht nur deshalb, weil wir Aerzte dadurch an der Anzeige dieser scheusslichen Verbrechen gehindert werden, sondern auch, wenn der Tod der Schwangeren erfolgt, der einzige Zeuge des Verbrechens fehlt. Und dieser hat vielleicht bei Lebzeiten dem Arzt Mittheilung gemacht, der Arzt wird dies dann berichten, aber der persönliche Eindruck dieses toten Belastungszeugen wird immer ein mangelhafter sein: die Schwangere ist unter allen Umständen ein Verbrecher, und auf das einmal ausgesprochene Zeugniss eines solchen ist sehr leicht von einem geschickten Verteidiger ein bedenkliches Licht zu werfen. Sieht man auch von dem Verbrechen der Abtreibung ab, so ist in den meisten Fällen die Schwangerschaft — wenn es sich um Unverheirathete handelt — ein vollgültiger Beweis von liederlichem Lebenswandel, und die Glaubwürdigkeit der mit der abtreibenden Person nicht mehr zu confrontirenden Schwangeren ist weiter bedenklich geworden.

Dieser Widerspruch zwischen der Anzeigepflicht bei Puerperalfieber und dem Fehlen desselben bei Verbrechen muss zu denken geben, und ich muss gestehen, dass in irgend einer Weise eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen mir wünschenswerth, ja fast nothwendig erscheint. Erwerbsmässig fortgesetzte Verbrechen gegen das Leben zu verhüten, ist eine ebenso wichtige Aufgabe der öffentlichen Gesundheitspflege, als die, Infectionserkrankungen vorzubeugen, und meiner Ueberzeugung nach ist beim Abortus letzteres zur Zeit leichter als ersteres.

Dass der Gegenstand von Wichtigkeit ist, wissen nicht nur die Geburtshelfer, jeder Arzt erfährt oft genug Andeutungen mehr oder weniger deutlicher Art von diesen Verbrechen, und dass die gesetzlichen Bestimmungen so wenig den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen, liegt wesentlich daran, dass der Richter nur die allerseltensten Fälle zur Beurtheilung zugewiesen erhält, der Arzt aber, der sie viel häufiger sieht, ist erfahrungsgemäss juristisch zu wenig ausgebildet, um gesetzgeberisch mit Vorschlägen heraustreten zu können.

Wenn ich im Folgenden es trotzdem wage, de lege ferenda Vorschläge zu machen, so geschieht das nicht im Widerspruch hiermit. Die Nachtheile der jetzigen Gesetzgebung will ich hervorheben und das aussprechen, was mir zur Verhütung praktisch erscheint. Die juristische Formulierung und Begründung überlasse ich gern den juristisch Gebildeten.

Die Bedeutung des Abtreibens liegt ja zum Theil darin, dass sich mit demselben meist Hebammen befassen, die, so lange sie nicht überführt sind, ruhig weiter practiciren dürfen, deren Thätigkeit sich mit Leichtigkeit hinter dem Deckmantel der Praxis verbirgt. Ist eine derartige Person von dem Richter freigesprochen, so ist nicht nur der eine specielle Fall damit erledigt: neuen Muthes und nur noch heimlicher geht sie ihrem verbrecherischen Treiben entgegen. Liegt die Sache bei einer Verhandlung so, dass an dem criminellen Abort kein Zweifel — ein Zweifel nur an der Person vorhanden ist, so bin ich fest davon überzeugt, dass die Angeschuldigte so gut wie sicher besser verurtheilt als freigesprochen wäre, wenigstens im Interesse der Verhütung derartiger Verbrechen.

Die Beweisführung vor Gericht ist aber stets sehr schwierig¹⁾: sie dreht sich um die Thatfachen, dass ein Abortus durch verbrecherische Hand stattfand, und dass diese verbrecherische Hand die Angeschuldigte ist. Nur der erste Punkt ist für den Arzt von Interesse, und wir verdanken in dieser Hinsicht den neueren Forschungen über diesen Gegenstand Mancherlei: So hat Lesser uns schöne Abbildungen verletzter Uteri geliefert, so hat Liman hervorgehoben, dass die angeblich spontane Verjauchung eines abortiven Eis immer bedenklich machen muss, wenn sie nicht gar beweisend ist. In letzterer Beziehung möchte ich übrigens hervorheben, dass es gewiss im Allgemeinen richtig ist, anzunehmen, dass der Infectionsstoff von aussen in die Genitalien der abortirenden Frau gebracht sein muss; ist also eine jede vaginale Untersuchung ausgeschlossen, ist trotzdem Verjauchung des Eis vorhanden, so ist der Verdacht, dass bei einem verbrecherischen Act der Infectionsstoff eingebracht ist, sehr gross. Aber absolut beweisend ist es nicht; noch jüngst habe ich mich da-

von überzeugt, dass es bei entzündlichen Affectionen der Uteruskörperschleimhaut in der Schwangerschaft möglich ist, dass Zersetzungsgeruch des Eis stattfindet, und besonders giebt es eine Form der Fäulniss des Eis im Körper der Frau, nämlich die bei Retention hinter einem zu engen äusseren Muttermund (Cervicalabortus), bei der es vielleicht durch Lufttritt in die Genitalien, vielleicht durch bestehenden eitrigen Katarrh der Scheide in Folge des schleppenden Verlaufes zur spontanen Zersetzung kommen kann.

Trotz aller Fortschritte, die in diesen Angaben liegen, halte ich somit den Nachweis des stattgehabten Verbrechens dann für fast unmöglich, wenn es sich nicht um gröbere Verletzungen, die ja eigentlich nur bei ungeschickter Führung der Instrumente nöthig sind, handelt. So kommt es also erstens dazu, dass nur die allergeringste Zahl von Verbrechen derart angezeigt werden, und zweitens dazu, dass selbst die angeschuldigten Personen vielfach freigesprochen werden, weil selbst die Thatsache, dass der Abortus criminell sei, nicht sicher zu erweisen und die Thäterschaft auf dem Zeugniss einer nicht gut beleumundeten Verstorbenen beruht, denn ein sicherer sonstiger Beweis des zweiten Punktes ist überhaupt unmöglich.

Ja, wenn sonst ein Verbrechen vor dem Schwurgericht verhandelt wird, drängen sich alle diejenigen, denen Gleiches von der Angeschuldigten passirt ist, herbei, um belastend für das Verbrechen einzutreten — hier ist es nicht möglich, denn es ist damit eine Selbstbezüglichung verbunden, die mit schwerer Strafe verbunden ist, und die betreffende ehemalige Schwangere ist froh, mit dem Leben davongekommen zu sein. So fehlen also diese Belastungszeugen, und alles Schriftliche, was sich etwa in den Papieren finden könnte, wird sorgfältig vernichtet sein, oder ist nur so andeutungsweise da, dass es nicht überzeugend ist. — Ist eine Hebamme die Beschuldigte, so giebt es allerdings ein Zeichen, dass sie nicht ganz zweifellos ist, das ist die Annonce in Tagesblättern, Eisenbahnzeitungen etc.: Rath in discreten Angelegenheiten finden Damen bei Frau . . . Die jetzt beginnenden Bestrebungen, den Stand unserer Hebammen zu heben, sollten auch darauf gerichtet werden, derartige annouciirende Personen als bedenkliche Elemente zu charakterisiren, sie nicht in Standesvereine aufzunehmen etc., ebensowenig wie wir Aerzte solche Aerzte, die sich marktschreierisch anpreisen, in unsere Vereine aufnehmen.

Lassen Sie mich durch zwei Erfahrungen, die mir jüngst nicht erspart blieben, das Gesagte illustriren: In einer der besten Familien ist ein Mädchen als Gouvernante zweier heranwachsender Töchter engagirt. Sie ist immer bleichsüchtig gewesen und erkrankt, nachdem die Menstruation 2 mal ausgeblieben ist, mit den Zeichen ernster Unterleibs-entzündung. Der hinzugerufene Hausarzt erhielt von der Hausfrau das beste Zeugniss für die Kranke, an eine Schwangerschaft sei gar nicht zu denken etc., er vermuthet ein Entstehen der Entzündung aus Perforation des Blinddarms, bis er bei Verschlimmerung des Allgemeinbefindens, die Bettdecken lüftend, durch den Gestank aus den Genitalien den Sachverhalt entdeckt und behufs Behandlung dieses Zustandes meine Anwesenheit wünscht. Als ich die Pat. sah, war ihr der Tod sicher bevorstehend, in einer für bestimmte Formen septischer Peritonitis charakteristischen Euphorie, bei der das Bewusstsein bis zuletzt erhalten bleibt, lag sie pulsslos da. Bei der Untersuchung der Scheide fand ich eine leicht zu entfernende jauchige Placenta in dem untersten Theil des Uterus. Selbst dem Tode verfallen weigerte sich das Mädchen den Namen der Hebamme, welche, wie sie zugab, den Abortus eingeleitet hatte, zu nennen, immer betonend, dass auch sie dadurch sich strafbar mache, und selbst als sie merkte, dass es zu Ende ging, blieb sie bei dieser Weigerung.

Vollständig ebenso lagen übrigens die Verhältnisse in anderen Fällen, die mit dem Leben davon kamen: ich habe einmal ein Loch seitlich vom Uterus in der Scheide gefunden, das in eine grosse Höhle mit gangränösen Fetzen und von dieser aus in die Blase führte, bei weiter bestehender Schwangerschaft — ein Verbrechen hat stattgefunden, das wird sofort zugegeben, aber anzeigen will die Verletzte es nicht, weil sie selbst damit sich der Strafe aussetzt. Eine schwere Phlegmone retrouterina mit Perforation in den Darm und die Scheide legte mir den Verdacht nahe, dass ebenfalls von der Scheide aus ein Trauma eingewirkt hätte: selbst die nichtschwangere Patientin verweigerte die Anzeige dieses Verbrechens, das sie, in der Angst schwanger zu sein, veranlasst hatte.

In einem fernerer Fall handelt es sich um ein Mädchen, das bessere Zeiten gekannt hatte, das als Lehrerin thätig gewesen war. Allmählich scheint sie leichtsinnig geworden zu sein und, wie nachher festgestellt wurde, nicht mehr virginell conceipirte sie im Ende November 1885. Nach zwei Monaten suchte sie eine Verwandte auf, machte ihr davon Mittheilung, und diese ging mit ihr zu einer Hebamme X., angeblich um festzustellen, ob sie schwanger sei. Tags darauf ging die Betr. abermals und nun allein zu derselben Hebamme,

¹⁾ Diese Ueberzeugung hat sich bei mir noch bestärkt durch die Ausführungen, die Herr Geh. Rath Liman in einem meinen Mittheilungen folgenden Vortrag in der geburtshülflich-gynäkologischen Gesellschaft machte.

dringend von ihrer Verwandten gewarnt, den Abortus einleiten zu lassen. Hier soll nach der Mittheilung derselben die Hebamme irgend etwas vorgenommen haben, was ihr lebhaften Schmerz nach dem Darm zu hervorrief. 36 Stunden darauf erkrankte sie, und die Verwandte bat den Hausarzt nun zu kommen. Der Arzt fand eine blutende Patientin, deren Ausfluss aus den Genitalien stank, die hohe Temperatur und Zeichen beginnender Unterleibsentzündung zeigte. Pat. bot sofort ein sehr bedenkliches Aussehen dar und gestand dem Arzt auf Befragen das Geschehene ein. Am nächsten Tage sah ich die Pat. mit dem Arzt gemeinsam in einem so bedrohlichen Zustand, dass uns fast der sofortige Tod bevorzustehen schien, und da die Entfernung des zersetzten noch im Uterus befindlichen Eis jedenfalls ein erheblicher Eingriff war, warteten wir, ob Pat. sich nicht etwas erholte. Am nächsten Tage schien es mir etwas leichter zu sein, das Ei zu entfernen, und in tiefer Narkose ging ich in den Uterus ein. Ich stellte dabei eine Verletzung der hinteren Wand des Organs in der Gegend des inneren Muttermundes durch das Gefühl fest und entfernte die Placenta aus dem Uterus, um dann den Uterus und die Grube an der hinteren Wand zu desinficiren.

Pat. schien sich erst zu erholen, starb jedoch am 21. Tage nach dem Eingriff unter den Zeichen der Blutvergiftung.

In Folge der von uns erstatteten Anzeige wurde die Hebamme X. verhaftet, und die gerichtliche Section gemacht. An dem Uterus fand sich neben kleineren Schrunden, die geheilt waren und vielleicht von meiner Operation herrührten, die von mir gefühlte Verletzung als eine tiefe Grube, die bis an das Bauchfell den Uterus durchsetzte.

In dem von mir erforderten Gutachten musste ich diese als vor der ersten ärztlichen Untersuchung bestehend, angeben und sie meiner Ueberzeugung nach als Eintrittsstelle für den Infectionsstoff und hervorgerufen durch ein Verbrechen, charakterisiren. Da die Hebamme X. angeblich 80 Mark erhalten haben sollte, kam die Verhandlung nach § 219 vor das Schwurgericht, und dasselbe sprach die Hebamme X. frei. Die glänzende Vertheidigungsrede liess zu ihrem Vortheil — worauf ich unten noch kurz eingehen will — die vom Vertreter der Staatsanwaltschaft besonders urgirte fabrlässige Tödtung gänzlich ausser Acht, betonte, dass bei der Conception die Verstorbene nicht virginell, also wohl schwerlich glaubwürdig sei, betonte die bisherige Unbescholtenheit der Hebamme, die allerdings zu den annoncierenden gehört, betonte entsprechend dem cui prodest, auch gewisse Bedenken gegen den Charakter der Verwandten und schob dieser, ev. der alleinigen Thätigkeit der Verstorbenen die Schuld an dem Abort zu. Die Angabe der Verstorbenen sei ganz ausser Acht zu lassen, der Besuch der Verwandten und der Verstorbenen bei der Hebamme X., den letztere erst läugnete, nachher zugab, habe nur der Feststellung der Schwangerschaft gegolten, die Zahlung der 80 Mark sei nicht nachgewiesen etc. etc.

So kam es zu einem non liquet, die Hebamme X. practicirt wieder.

Dies Resultat wurde mir von zwei Sachverständigen vorausgesagt: erstens von dem Untersuchungsrichter, der betonte, wenn die Sache vor die Geschworenen käme, so würde die Hebamme, wenn sie bis dahin unbescholten sei, freigesprochen, und zweitens von dem einen langjährigen Sachverständigen, der aus der Persönlichkeit des Vertheidigers seine Prognose begründete.

Vor kurzem, so berichteten mir beide, kam folgender Fall zur Verurtheilung: Eine Schwangere geht zu einer Hebamme, und die Abtreibung geschieht, der Schwängerer geht nach einigen Tagen hin, um die als Zahlung deponirte Uhr und Schmuck auszulösen, und als er sich über die Höhe der Zahlung erschreckt ausspricht, wird ihm dies mit dem Vorgeschriftensein der Schwangerschaft bis zum 4. Monate motivirt. Entrüstet — er kennt die Betreffende erst 8 Wochen — zeigt er das Verbrechen an, und da er zugeben muss, dass er der Anstifter war, so wandern Hebamme, Schwangere und Schwängerer ins Gefängniss resp. Zuchthaus!

Ich verlange, um der Verbreitung dieses Verbrechens wirksam entgegenzutreten, Freiheit von Strafe für die Schwangere.

Eine Schuldige straffrei machen, ist allerdings ein erheblicher Eingriff in unser Rechtsbewusstsein, und man darf etwas Derartiges nur verlangen, wenn dringende praktische Gründe hierzu vorliegen, und wenn Milderungsgründe für die Schuldige eclatant sind. Beides scheint mir aber hier vorzuliegen. Dass man auf dem bisherigen Wege mit den bisherigen Strafandrohungen nicht viel erreicht, ist meine feste Ueberzeugung, die sich immer kräftiger in mir ausbildet, wenn ich die Naivität sehe, mit der Aerzten, und mir selbst, von Schwangeren die Frage vorgelegt wird, ob man nichts gegen die bestehende Schwangerschaft thun kann oder will! Die beiden Schuldigen dürfen sich durch ihr Schweigen nicht weiter decken. Straffreiheit wird bei uns gewährt durch die sog. thätige Reue und zwar allgemein für den Versuch und nach vollbrachtem Delict bei der Herausforderung zum

Zweikampf, sowie der Annahme desselben, beim Meineid sofern er fahrlässig war, bei Brandstiftung, sogar bei vorsätzlicher¹⁾ unter bestimmten Bedingungen. Eine solche thatsächliche Bekundung der Reue ist gerade hier nicht möglich, aber die meisten Frauen denken nach Vollendung des Abortes doch weniger leichtsinnig darüber als vorher. Ich muss es anheimgeben, eventuell eine Formel ausfindig zu machen, die die Reuigen von den wirklich zu Strafinden ausschliesst, immer aber so gedacht, dass ausser dem Verbrechen noch eine weitere Bekundung, die Fortdauer einer derartigen leichtsinnigen Denkart, besteht. In der Praxis eines verstorbenen gerichtlichen Physikus wurde ich vor längerer Zeit zu einem beginnenden Abortus gerufen, der mir noch ganz gut aufhaltbar schien. Meine Verordnung bestand in der Darreichung von Opium und der Verordnung der Bettruhe. Als ich Abends die Patientin wieder sah, war sie ausser Bett, das Opiumrecept nicht einmal gemacht und die Kranke im Blute schwimmend: der Abortus war nicht mehr aufzuhalten, die Entfernung der Nachgeburt stillte die Blutung. Der Colleague theilte mir mit, dass er diesen Verlauf kenne, die Patientin werde häufig schwanger, mache dann regelmässig Einspritzungen von sehr heissem Wasser, bis der Abortus eintrete, Alles was er von Beredsamkeit aufbiete, nütze nichts. Eine derartige Frau ist strafbar. Aber in anderen Fällen sieht man doch ernstliche Reue, und dies ist, wie mir scheint, die Mehrzahl. Diese sind ganz analog den reuigen Brandstiftern freizusprechen.

Es kommt hinzu, dass man immerhin in der Schwangerschaft eine gewisse mangelhafte Disposition der Psyche annehmen kann, die Uebelkeiten, das schlechte Befinden etc. lassen den Frauen die ihnen bevorstehende neue Schwangerschaft, den Mädchen die drohende Schande noch viel schlimmer erscheinen, und unter einer derartigen Disposition entschliessen sie sich zu Handlungen, die sie selbst nachher und vorher nicht billigen. Wir wissen ja, dass die Schwangerschaft überhaupt zu nervösen und psychischen Störungen oft genug Veranlassung giebt, und eine mangelnde oder nicht ganz vollständige Zurechnungsfähigkeit lässt für die Zeit, in der die Frauen sich in Folge der Schwangerschaft übel befinden und noch unter Sorgen der ange deuteten Art leben, sich unschwer deduciren.

Der gewiss auch naheliegende Grund, dass gewissermaassen als Denunciantin die Schwangere straffrei ist, ist meinen Anschauungen allerdings wenig zusagend. Aber der Vortheil scheint mir darin zu liegen — und das ist der praktische Grund — wir können nur so die wirklich Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Ja wenn man der lebenden Schwangeren Zeugnis als nicht unparteiisch vielleicht nicht gelten lassen will, aus der Confrontation der Schwangeren mit der Hebamme werden sich hinreichend Beweismomente ergeben, selbst wenn die Schwangere einen schlechten moralischen Eindruck macht.

Leider beschäftigen sich gerade Hebammen, also approbirte Medicinalpersonen, damit; schon die schlechte Lage vieler derartiger Frauen ist die Verführung dazu, und der Wunsch der betreffenden Schwangeren sich wenigstens einigermaassen Sachverständigen anzuvertrauen, wird im Allgemeinen zu nicht approbirten Personen noch weniger führen. Aber die Hebammen sind doppelt strafbar, sie haben nicht nur die Pflicht, derartige Zumuthungen rundweg abzulehnen, sondern auch die weitere, den Frauen über diese Absicht hinweg zu helfen, zu bewirken, dass sie dieselbe vollständig aufgeben. Gerade weil sie gegen diese moralische Pflicht verstossen, sind sie doppelt schuldig, und zu ihrer Bestrafung ist die Möglichkeit, dass die Frauen sie anzeigen, dringend erforderlich.

Als Aequivalent der Straffreiheit der Schwangeren würde ich allerdings verlangen, dass den Aerzten die Pflicht der Anzeige aller derartigen Fälle auferlegt wird. Das Uebel ist grösser als alle Infectionskrankheiten, es ist eine Verführung zum Verbrechen gegen das Leben in der bisherigen Gesetzgebung liegend, die bei Weitem schlimmer ist. Kommt erst die grosse Mehrzahl criminelles Aborte zur Anzeige, so wird die Schuldige zur Strafe kommen und die Verheimlichung noch erheblich erschwert. Jetzt liegen die Verhältnisse so, dass der Untersuchungsrichter und Staatsanwalt die Freisprechung sicher voraussehen können, wenn sich nicht zufällig belastende Momente besonderer Art finden.

Wenn man dann durch Standesorganisationen die Anzeigen der Hebammen unterdrückt, so wird man hiemit etwas weiteres Wesentliches thun. Das ist etwas, was wir Aerzte am leichtesten bewirken können.

Das Weitere — die Straffreiheit der Schwangeren und die Anzeigepflicht der Aerzte — sind Vorschläge de lege ferenda, die sich mir aber in der Absicht, diese Verbrechen zu verringern, ernstlich genug aufdrängen.

Gleichfalls de lege ferenda würde ich wünschen, dass die Frage,

¹⁾ § 310: Hat der Thäter den Brand, bevor derselbe entdeckt und ein weiterer als der durch die blosse Inbrandsetzung bewirkte Schaden entstanden war, wieder gelöscht, so tritt Strafflosigkeit ein.

ob, wenn eine Schwangere stirbt, die Hebamme, die den criminellen Abortus bewirkt hat, fahrlässig gehandelt hat¹⁾, uns Aerzten vom Gerichtshof nicht vorgelegt wird. Es ist ein Widerspruch: hat die Hebamme eine Fahrlässigkeit begangen, als sie den Abort einleitete? Diese darf es gar nicht thun, sie kann es nicht gut und nicht schlecht machen, fahrlässig i. e. leichtsinnig kann sie dabei nicht verfahren; heisst aber fahrlässig nichts weiter als der Gegensatz von vorsätzlich, so ist das immer zu bejahen, denn die Absicht die Schwangere zu tödten, hat die Hebamme sicher nicht. Man thut besser, den Zusatz von § 220 auch bei § 219 gelten zu lassen.

Ob es zweckmässig ist, je nachdem es sich um Entgelt oder nicht handelt, zu entscheiden, ob das Landgericht oder das Schwurgericht zuständig ist, vermag ich nicht zu beurtheilen, doch habe ich den Eindruck, als ob bei einer eventuellen Revision es zweckmässig wäre diese Verbrechen den Geschworenen zu entziehen.

Aendert man an unserer Gesetzgebung über diesen Gegenstand nichts, so thut man besser das ganze Verbrechen straffrei zu machen: Nicht das Verbrechen wird gestraft, nur der durch dasselbe veranlasste Tod und das nicht einmal regelmässig. In diesem Umstand, in der gegenseitigen Deckung der Schwangeren und der Hebamme, in dem dem Arzt gebotenen Schweigen liegt jetzt eine so grosse Sicherheit für den Verbrecher, dass es fast einer Aufforderung zu demselben gleichkommt.